

Rückmeldeabschnitt bitte einsenden an: DFG-VK
Materialversand, Haußmannstr. 6, 70188 Stuttgart

Name _____

Anschrift _____

Ich bestelle

Dieses Faltblatt (gegen Spende) Stück
(35 • für 1000 Stück)

Ich möchte mehr Informationen über die
Kampagne „Schritte zur Abrüstung“

Ich möchte eine Zeitungsanzeige mit der Petition wie
umseitig unterstützen und möchte weitere Infos

Ich habe an meinen Abgeordneten geschrieben
(Kopie liegt bei)

Benutzen Sie auch die Bestellmöglichkeit auf der
Homepage www.schritte-zur-abruistung.de. Dort können
Sie auch die Petition unterzeichnen und den Newsletter
abonnieren, mit dem wir in unregelmäßigen Abständen
über Aktivitäten im Rahmen der Kampagne „Schritte zur
Abrüstung“ informieren.

DFG-VK Materialversand
Haußmannstr. 6
70188 Stuttgart

Was können SIE tun?

Drei Viertel der Bundesbürger lehnten den Einsatz der Tornado- Kampfbomber in Afghanistan ab. Teile der Oppositionsparteien im Bundestag und einzelne Abgeordnete der Regierungskoalition sprechen sich ebenfalls gegen eine Verlängerung des Mandates für die Bundeswehr aus.

- * Teilen Sie Ihrem Abgeordneten Ihre Meinung mit, schreiben Sie einen persönlichen Brief, in dem Sie auf die moralische und politische Verantwortung der Abgeordneten für die Kriegssopfer hinweisen. Anregungen dazu finden Sie auf unserer Homepage www.schritte-zur-abruistung.de
- * Beteiligen Sie sich an unseren E-Mail-Aktionen vor der Entscheidung des Bundestages im Oktober 2007.
- * Unterstützen Sie die Petition an den Deutschen Bundestag, schicken Sie nebenstehenden Abschnitt mit Unterschrift und Adresse an uns zurück!
- * Unterstützen Sie unsere geplanten Zeitungsanzeigen zum 8.5. und voraussichtlich zum 1.9. 2007! Sie können weitere Informationen mit dem Bestellabschnitt anfordern.
- * Jeder Wehrpflichtige, Soldat und Reservist kann den Kriegsdienst verweigern. Völkerrechtswidrige Befehle dürfen nicht befolgt werden!

weitere Infos: www.dfg-vk.de;
www.auslandseinsatze-beenden.de
www.schritte-zur-abruistung.de
www.bundeswehrabschaffen.de
www.gaaa.org/aktuell.htm

Wir bitten um (steuerabzugsfähige) Spenden zur Finanzierung der Projekte der Bertha-von-Suttner-Stiftung auf das Konto No 817 46 07, Bank f. Sozialwirtschaft Köln, BLZ 370 205 00

Termine

Proteste gegen das Treffen der G8 in Heiligendamm
1.6.- 8.6., Infos: www.heiligendamm2007.org
Kundgebung gegen Militärinterventionen am Truppenübungsplatz Grafenwöhr 28.7.
Kundgebung am US- Stützpunkt Ramstein 4.8.
1.9. Zeitungsanzeigen zum Antikriegstag

Herausgegeben von der Arbeitsgruppe „Schritte zur Abrüstung“ der DFG-VK in Zusammenarbeit mit dem H-M-V-Bildungswerk zur Förderung der Friedensarbeit der DFG-VK Bayern. Konzept, Redaktion Gestaltung und V.i.s.d.P.: Th. Rödl c/o DFG-VK Bayern, Schwanthalerstr. 133, 80339 München. Druck: GUS- Druck GmbH Stuttgart

Verhandeln statt schießen!



Afghanistan- Einsatz beenden!

In Afghanistan entwickelt sich ein Krieg mit deutscher Beteiligung. Aus einem Einsatz zur Stabilisierung des Wiederaufbaus ist ein Krieg gegen aufständische Kämpfer geworden. Der Deutsche Bundestag muß im Oktober über die Verlängerung des Mandates für die Bundeswehr entscheiden. Fordern Sie mit uns: Die Abgeordneten sollen gegen den Krieg stimmen!

Deutsche Friedensgesellschaft-
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen



Krieg in Afghanistan

Nach dem Abzug der sowjetischen Besatzungstruppen 1989 begann ein Bürgerkrieg zwischen verschiedenen Volksgruppen und Kriegsfürsten (ca 1 Million Todesopfer). Aus dem Krieg ging 1996 die Partei der sog. Taliban als Sieger hervor. Sie errichtete ein extrem repressives und menschenfeindliches Regime entsprechend ihrer fundamentalistisch-religiösen Ideologie. Für die Anschläge vom 11. 9. 2001 machten die USA die Al-Qaida-Organisation verantwortlich. Sie griffen Afghanistan an, um die dortigen Stützpunkte der Al Quaida zu zerschlagen und gleichzeitig das Taliban-Regime zu beseitigen - was schon vor dem 11.9. geplant war. Damit begann der sogenannte weltweite ‚Krieg gegen den Terror‘ der USA und ihrer Verbündeten. Deutschland unterstützt diesen Krieg mit den geheimen Einsätzen der Elite-Einheit „Kommando Spezialkräfte“. Bis Ende 2001 wurden die Taliban vertrieben.

Die UNO beschloß ein Mandat für die ‚International Security Assistance Force‘ (ISAF) zur Sicherung des Wiederaufbaus, die inzwischen von der NATO geführt wird.

Die Bundeswehr übernahm im Rahmen der ISAF die Sicherung der öffentlichen Ordnung, die Führung des Einsatzes in Kabul, Versorgungsaufgaben und den Wiederaufbau der Infrastruktur im Norden Afghanistans. Sie darf Waffengewalt nur zur Selbstverteidigung und Nothilfe anwenden.

Nach einer internationalen Konferenz 2001 wurde Hamid Karsai als Präsident eingesetzt, später gewählt. Die Regierung Karsai hat aber nicht, wie vom Westen erwartet, die breite Zustimmung in der Bevölkerung gefunden; v.a. die Paschtunen im Süden fühlen sich benachteiligt. In den letzten Jahren sind die Taliban und andere Widerstandsgruppen stärker geworden, sie bekämpfen das neue Regime und die NATO-Truppen.

Es droht ein langjähriger Krieg ohne Perspektive, mit der NATO und der Bundeswehr als Kriegspartei, nachdem die NATO den Sieg in Afghanistan zur Existenzfrage erklärt hat.

Kein Frieden durch Krieg

- Es gibt kein Konzept für den Aufbau eines Staates durch Intervention von außen; die Loyalität einzelner Stämme und Parteien zur Zentralregierung kann nicht erzwungen werden;
- die wirtschaftliche Lage der Masse der Menschen hat sich nicht verbessert;
- seit 2002 wurden 85 Mrd \$ für die Militäroperationen, aber nur 7,5 Mrd \$ für den Wiederaufbau ausgegeben;
- jede Anti-Terror-„Operation“ fordert zivile Opfer und schafft neue Feinde der Besatzungstruppen;
- die Trennung zwischen „ISAF“ (Wiederaufbau) und „OEF“ (Terrorbekämpfung) war von Anfang an theoretisch, praktisch werden alle ausländischen Streitkräfte zunehmend als Besatzer betrachtet;
- der Krieg gegen afghanische Guerillakämpfer ist nicht zu gewinnen;
- Wiederaufbau und Sicherheit sind unter Kriegsbedingungen nicht möglich.

Mit der Entsendung der Tornado-Kampfbomber hat die Bundeswehr die Schwelle zu einem wirklichen Kampfeinsatz überschritten.

Die Bundesregierung ist mitverantwortlich für die Eskalation des Krieges, für die Zerstörung von Dörfern und die Tötung von Zivilisten, wenn sie die Bundeswehr nicht zurückruft!

Alternativen

Notwendig sind Verhandlungen zwischen allen Kriegsparteien über Waffenstillstand und einen Friedensprozess. Deutschland sollte afghanische Nichtregierungsorganisationen unterstützen, die die Menschenrechte verteidigen und für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie eintreten. Denkbar sind u.a. folgende Schritte im Rahmen eines Friedensprozesses:

- Bildung einer neuen Koalitionsregierung unter Beteiligung aller Volksgruppen und Konfliktparteien;
- Bildung einer Internationalen Polizeitruppe unter UNO-Kommando, aber ohne die NATO, die zur Kriegspartei geworden ist;
- Wirtschaftshilfe und Infrastrukturprojekte zur Schaffung einer wirtschaftlichen Perspektive außerhalb des Drogenhandels;
- Schaffung von Kultur- und Bildungsangeboten, die vom religiösen Fundamentalismus unabhängig sind.

Unterzeichnen Sie die folgende Petition an den Deutschen Bundestag:

Kein Mandat für den Krieg in Afghanistan!

Ich appelliere an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages:

Sagen Sie Nein zur Verlängerung des Mandates der Bundeswehr für einen Krieg in Afghanistan im Herbst 2007. Unterstützen Sie vielmehr Verhandlungen zwischen allen Kriegsparteien. Respektieren Sie das Friedensgebot und das Verbot eines Angriffskrieges im Grundgesetz!

Unterschrift
(Ihre Anschrift umseitig; bitte zurück bis zum 4.10.07)

Dieses Faltblatt entstand im Rahmen der Kampagne

Schritte zur Abrüstung



Krieg ist die falsche Antwort auf Terrorismus und andere Bedrohungen. Notwendig ist die Bearbeitung und Lösung von Konflikten mit gewaltfreien und zivilen Mitteln. Daher fordern wir Schritte zur Abrüstung:

- * Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr
- * Eine deutliche Verkleinerung der Bundeswehr und die Abschaffung der Wehrpflicht
- * Abzug aller Atomwaffen aus der BRD
- * Kürzung der Rüstungsausgaben um 5% jährlich
- * Keine Rüstungsexporte
- * Förderung ziviler Konfliktbearbeitung und der Friedensforschung mit 500 Mio EUR jährlich.
- * Entmilitarisierung der Europäischen Union

Ich unterstütze die Forderungen

Unterschrift
(Name u. Anschrift umseitig)
mit der Veröffentlichung meines Namens
im Internet bin ich einverstanden - bitte hier ankreuzen